



Landgericht Dessau-Roßlau

Dienstgebäude

Willy-Lohmann-Straße 29
06844 Dessau-Roßlau

Postanschrift:
Landgericht, Postfach 1082, 06811 Dessau-Roßlau
7 Ns (303 Js 10705/16)

Herrn

S

Berlin

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

- ohne -

☎ Vermittlung 0340 2020
☎ Durchwahl 0340 2021501
Telefax 0340 2021430

Datum 07.01.2021

Geschäftsnummer (bitte stets angeben)

Sehr geehrter Herr S

in der Strafsache gegen Sie

wegen versuchter Körperverletzung

erhalten Sie die Anlage (Beschluss vom 28.12.2020) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Auf Anordnung

Große
Justizangestellte

Dieses Schriftstück wurde elektronisch erstellt.
Es ist ohne Unterschrift bzw. elektronische Signatur gültig.

Informationen nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung finden Sie unter <https://lg-de.sachsen-anhalt.de/>.

Dienstgebäude
Willy-Lohmann-Straße 29
06844 Dessau-Roßlau
Sprechzeiten

Telefon
0340 2020
Telefax
0340 2021430

Parkmöglichkeiten
hinter dem Gebäude des
Justizzentrums Anhalt
Öffentliche Verkehrsmittel

Bankverbindung
Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank Magdeburg
IBAN: DE39 8100 0000 0081 0015 64
BIC: MARKDEF1810



Landgericht Dessau-Roßlau

7 Ns (303 Js 10705/16)

303 Js 10705/16 Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau

Beschluss

In der Strafsache

gegen

S

geboren am

wohnhaft

Berlin,

ledig, Staatsangehörigkeit: deutsch,

Verteidiger:

Herr Rechtsanwalt Felix Isensee, Karl-Marx-Straße 71, 12043 Berlin

wegen versuchter Körperverletzung

hat die 7. Kleine Strafkammer des Landgerichts Dessau-Roßlau durch die Vizepräsidentin des Landgerichts Baumgarten als Vorsitzende am 28.12.2020 beschlossen:

Die Berufung des Angeklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts Dessau-Roßlau vom 22.02.2019 wird als unzulässig verworfen.

Gründe:

I.

Der Angeklagte wurde am 22.02.2019 durch den Strafrichter des Amtsgerichts Dessau-Roßlau wegen versuchter vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 20,00 € verurteilt und ihm zugleich gestattet, die Geldstrafe in monatlichen Raten zu je 20,00 € zu zahlen.

Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte form- und fristgerecht Berufung eingelegt. Mit Schriftsatz seines Verteidigers vom 02.05.2019 beantragt er, die Berufung zuzulassen. Zusammenfassend macht er geltend, dass er nicht gezielt Feuerzeuge auf die Polizeibeamten Dikta und Lotze geworfen habe und beanstandet die Beweiswürdigung des Amtsgerichts im

angefochtenen Urteil. Er hält die Aussagen der Zeugen Dikta und Lotze für pauschal, ohne konkrete Erinnerung. Es liege eine „Aussage gegen Aussage“ Konstellation vor, die eine Verurteilung nur möglich machen würde, wenn es weitere Tatsachen geben würde, die außerhalb der Aussagen der Polizeibeamten liegen und den Tatvorwurf stützen würden. Die Aussagen der Zeugen Ndindah, Steinberg und Schneider würden den Tatvorwurf entkräften, da die Zeugen N und Steinberg die behaupteten Tathandlungen des Angeklagten nicht bemerkt und der Zeuge Schneider zwar gezielte Würfe mit Feuerzeugen aus anonymen Masse bekundet habe, es aber nicht möglich gewesen sei, einzelne Personen zu erkennen. Es fehle auch an einer Gesamtschau des Gerichts zu den Aussagen der Zeugen Ndindah und Steinberg. Die Aussagen dieser Zeugen wie auch der Zeugin M -S würden den Aussagen der Polizeibeamten entgegenstehen. Es fehle an Realkennzeichen der Aussagen, die die Bewertung der Aussagen der Polizeibeamten ermöglichen würden. Eine Konstanzanalyse sei nicht möglich, da die Staatsanwaltschaft nicht von jedem Zeugen eine Aussage eingeholt habe. Das gemeinsame Erstellen der Anzeige und zeugenschaftlichen Äußerungen sowie gemeinsame Gespräche zwischen den Polizeibeamten würden keinen Raum für eine individuelle Erinnerung von individuellen Beobachtungen zulassen. Es lägen mithin keine besonders zuverlässigen Aussagen vor, die eine Verurteilung zu tragen vermögen.

Die vorgelegte Videoaufnahme würde widerlegen, dass der Angeklagte mehrere wuchtige und gezielte Würfe, wie von den Zeugen Bastian und Lotze bekundet, ausgeführt habe. Dass der Angeklagte sich nach den drei im Video sichtbaren Würfeln vor die erste Reihe der Demonstranten begeben und die Tathandlungen ausgeführt, sei nicht durch Tatsachen belegt, dies sei nicht bekundet worden.

Das Video des Zeugen Schneider beginne in dem Moment, wo das vorgelegte Video ende und zeige, dass der Angeklagte dann nicht mehr vor Ort gewesen sei, was gleichfalls von den Zeugenaussagen, die das Amtsgericht für die Verurteilung herangezogen habe, nicht getragen werde.

Die Einhaltung der Urteilsabsetzungsfrist könne wegen der Kürze der Rechtsmittelbegründungsfrist und mangels ergänzender Akteneinsicht nicht beurteilt werden. Wegen der weiteren Einzelheiten der Begründung wird ergänzend auf den Schriftsatz vom 02.05.2019 verwiesen.

II.

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Angeklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts Dessau-Roßlau vom 22.02.2019 war gem. § 313 Abs. 2 S. 2 StPO als unzulässig zu verwerfen. Gem. § 313 Abs. 1 StPO ist die Berufung gegen ein Urteil, in dem der Angeklagte zu einer Geldstrafe von nicht mehr als 15 Tagessätzen verurteilt wurde, nur zulässig, wenn sie angenommen wird. Gem. § 313 Abs. 2 S. 1 StPO ist die Berufung

anzunehmen, wenn sie nicht offensichtlich unbegründet ist. Das Merkmal der Offensichtlichkeit ist dabei dann erfüllt, wenn an der Richtigkeit der tatsächlichen Feststellungen im angefochtenen Urteil vernünftigerweise keine Zweifel bestehen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 07.12.2006, 2 BvR 2228/06 – zitiert nach juris). Nach herrschender Ansicht ist eine Berufung dann offensichtlich unbegründet, wenn für jeden Sachkundigen anhand der Urteilsgründe und einer vorliegenden Berufungsbegründung sowie des Protokolls der Hauptverhandlung ohne längere Prüfung erkennbar ist, dass das Urteil sachlich-rechtlich nicht zu beanstanden ist und keine Verfahrensfehler vorliegen, die die Revision begründen würden (BVerfG, a. a. O., Rn. 4 – zitiert nach juris).

Diese Voraussetzungen liegen hier vor. Auch wenn dem Urteil eine komplexe Würdigung der der umfangreich erhobenen Beweise zugrunde liegt, ist das Urteil auch bei Berücksichtigung des Inhalts der Aussagen der in der Beweisaufnahme gehörten Zeugen entsprechend dem Hauptverhandlungsprotokoll sowie der in der Beweisaufnahme in Augenschein genommenen beiden Videoaufnahmen, die insoweit in die Prüfung einzubeziehen waren, nicht zu beanstanden.

Zunächst ist davon auszugehen, dass revisionsrechtlich beachtliche Verfahrensfehler offensichtlich nicht vorliegen. Insbesondere ist das amtsgerichtliche Urteil innerhalb der Urteilsabsetzungsfrist gem. § 275 Abs. 1 StPO fristgerecht abgesetzt und zur Akte gebracht worden. Denn nach neuntägiger Hauptverhandlung, die am 22.02.2019 mit der Urteilsverkündung abschloss, endete die Absetzungsfrist am 12.04.2019. Der Vorsitzende hat am 12.04.2019 vermerkt, dass das Urteil an diesem Tag zur Akte gelangt ist und am 12.04.2020 verfügt, dass der Protokollband dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle vorzulegen und sodann, spätestens am 17.04.2019 ihm die Akte wieder vorzulegen ist. Damit hat er das Urteil fristgerecht am 12.04.2019 auf den Weg zur Geschäftsstelle gebracht, was für die Einhaltung der Urteilsabsetzungsfrist ausreichend ist (vgl. Meyer-Goßner/Schmidt, StPO, § 275 Rn. 7 m. w. N.). Der auf dem Urteil angebrachte Vermerk zum Eingang auf der Geschäftsstelle am 15.04.2020 ist hierfür insoweit unbeachtlich.

Das Urteil weist offensichtlich auch keine sachlich-rechtlichen Fehler auf, insbesondere ist die Beweiswürdigung des Amtsgerichts nicht zu beanstanden.

Entgegen der Ansicht des Verteidigers ist zunächst nicht davon auszugehen, dass im vorliegenden Fall eine Konstellation „Aussage gegen Aussage“ vorliegt, bei der die hierfür entwickelten strengen Anforderungen an die Beweiswürdigung zu beachten wären. Das Amtsgericht hat die Verurteilung des Angeklagten zwar hauptsächlich auf die Aussagen der Polizeibeamten Dikta, Lotze und Bastian gestützt, die als in einem „Lager stehend“ angesehen werden können. Dem Amtsgericht standen aber zum einen die Aussagen mehrerer Zeugen für seine Überzeugungsbildung zur Verfügung, die, auch wenn diese

Zeugen in enger Verbindung zueinander stehen können und im Vorfeld der Vernehmung vor dem Amtsgericht ein Austausch miteinander stattgefunden haben kann, eigenständige Aussagen gemacht haben, die jeweils kritisch hinterfragt und gegenübergestellt werden können, sodass sie auch ein verlässlicheres Fundament für die Tatsachenermittlung darstellen, als die Aussage einer einzigen Beweisperson. Zum anderen standen dem Amtsgericht daneben auch die Aussagen der Zeugen Steinberg, N. und M. S. sowie zwei Videoaufzeichnungen zur Verfügung, die für das Amtsgericht ebenfalls einer Würdigung im Hinblick auf die bestreitende Einlassung des Angeklagten zum Tatvorwurf zugänglich waren. Es besteht daher kein Anlass, dem Grundsatz der freien Beweiswürdigung gem. § 261 StPO grundsätzlich widersprechende Beweisregeln auch in der vorliegenden Konstellation anzuwenden (vgl. hierzu auch KG Berlin, Beschluss vom 12.12.2018, 161 Ss 150/18 (53/18), zitiert nach juris, Rn. 4 und 5).

Entgegen der Auffassung des Angeklagten ist es auch nicht zu beanstanden, dass das Amtsgericht die Aussagen der Zeugen Dikta, Lotze und Bastian als glaubhaft angesehen und hieraus seine Überzeugung von der Tathandlung des Angeklagten hergeleitet hat. Insbesondere handelt es sich bei den Bekundungen der Zeugen Dikta und Lotze nicht um pauschale, ohne konkrete Erinnerung gemachte Angaben.

Die genannten Zeugen haben jeder für sich differenziert und jeweils aus ihrer Beobachtungssituation heraus konkret das Verhalten des Angeklagten und das Geschehen betreffend die Würfe der Feuerzeuge durch den Angeklagten geschildert. Die von den Zeugen Dikta und Lotze geschilderten Erinnerungslücken sind nachvollziehbar und betreffen nicht das gesamte Kerngeschehen, sondern lediglich die Frage der Anzahl der Würfe und die konkrete Art und Weise der Ausführung des Wurfes, was angesichts des Zeitablaufes von mehr als zwei Jahren bis zur Zeugenvernehmung und der Tatsache, dass die Zeugen auch in der Folgezeit zu verschiedenen Demonstrationseinsätzen waren, zu Recht vom Amtsgericht als nicht erheblich gegen die Glaubhaftigkeit der Aussagen der genannten Zeugen und den Wahrheitsgehalt ihrer Bekundungen sprechend beurteilt worden ist.

Zudem werden deren Bekundungen auch von den Angaben der Zeugen Schneider und Bastian gestützt, wie im Urteil dargelegt. Angesichts der Tatsache, dass der Zeuge Schneider lediglich die Gesamtsituation des Werfens von Feuerzeugen und Meidbewegungen der Polizeibeamten hierauf, der Zeuge Bastian dagegen den Umstand des gezielten Werfens von Feuerzeugen durch den Angeklagten auf alle, vor dem Eingang der Staatsanwaltschaft stehenden Polizeibeamten beschrieb und auch im Einzelnen zu begründen vermochte, weshalb ihm der Angeklagte trotz der Würfe auch durch andere Demonstranten auffiel und in Erinnerung blieb, hat das Amtsgericht auch zu Recht keine Zweifel an der Glaubhaftigkeit der bereits im Ansatz unterschiedlichen Aussagen der beiden Zeugen gesehen.

Für die Glaubhaftigkeit der Angaben der Zeuge Lotze und Dikta spricht hierbei auch, dass der Zeuge Schneider bekundete, dass ihm durch Polizeibeamte von gezielten Wüfen des Angeklagten noch vor der Staatsanwaltschaft, und damit zeitnah zu dem Tatgeschehen, berichtet wurde.

Es mag sein, wie in der Berufungsbegründung dargelegt, dass es nach den tatrelevanten Wüfen durch den Angeklagten Gespräche zwischen einzelnen Polizeibeamten zu dem Geschehen vor der Staatsanwaltschaft gab, allerdings sprechen gerade die individuell unterschiedlich beschriebenen Beobachtungen der Zeugen Lotze, Dikta und Bastian dagegen, dass sie ihre Aussagen aus einer aus derartigen Gesprächen resultierenden veränderten Erinnerung entnommen haben.

Soweit der Angeklagte darauf verweist, dass Amtsgericht habe zu Unrecht angenommen, er habe sich nach den in dem von ihm überreichten Video sichtbaren Wüfen mit Feuerzeugen vor die erste Reihe begeben, und die Tathandlungen ausgeführt, weil dies nicht mit Tatsachen belegt sei, steht dem entgegen, dass die Zeugen Lotze und Bastian beschrieben haben, dass der Angeklagte hervorgetreten sei, mithin nicht in der ersten Reihe stand, als er auf die Polizeibeamten bewarf. Die vom Angeklagten vorgelegte Videoaufnahme steht der Annahme des Amtsgerichts hierzu gleichfalls nicht entgegen, da in dem Video zunächst der Angeklagte zwar hinter einem Transparent in vorderer Reihe stehend und Feuerzeuge werfend zu sehen ist, jedoch ab Minute 1:58 die Kamera den Angeklagten nicht mehr im Blick hat, aber in der weiteren Aufnahme, bei der die Kamera auf die Füße der vor der Staatsanwaltschaft stehenden Polizeibeamten gerichtet ist, erkennbar ist, dass noch weitere Feuerzeuge unmittelbar davor zu Boden fallen, es somit noch zu weiteren Wüfen mit Feuerzeugen gekommen ist. Die Frage, ob der Angeklagte zu diesem Zeitpunkt gezielt in Richtung der Polizeibeamten Lotze und Dikta diese warf, konnte das Amtsgericht daher nur anhand der hierzu gehörten Zeugen beantworten. Dafür, dass sich der Angeklagte unmittelbar nach dem letzten, auf dem Video sichtbaren Wurf durch ihn von dort entfernte, sich die Demonstration bereits dort auflöste, ergeben sich aus der Aufzeichnung keine Anhaltspunkte, da der Polizeibeamte, der zu den an der Eingangstür zur Staatsanwaltschaft stehenden Polizeibeamten geht, erst bei Minute 3:50 und damit ca. zwei Minuten später bei den vor der Staatsanwaltschaft stehenden Polizeibeamten zu sehen ist. Dem Beginn des Videos des Zeugen Schneider ist zu entnehmen, dass zu diesem Zeitpunkt nur noch wenige Demonstranten vor dem Gebäude stehen, das Transparent nicht mehr zu sehen ist und sich der Demonstrationszug wieder auf der Ruststraße befindet. Das Amtsgericht hat zwar zu Recht darauf verwiesen, dass das vom Angeklagten vorgelegte Video angesichts der zutreffend vom Amtsgericht dargestellten Sequenzen und der Aussage des Zeugen N offensichtlich nicht vollständig den weiteren Verlauf wiedergibt, sondern geschnitten wurde. Jedoch ist auch unabhängig hiervon die bereits aufgrund der Videoaufnahme verbleibende

Zeitspanne von ca. 2 Minuten bis zum Eintreffen des weiteren Polizeibeamten an der Eingangstür ausreichend gewesen, dass der Angeklagte erneut und nunmehr gezielt – wie vom Amtsgericht anhand der Aussagen der Zeugen festgestellt – auf die Polizeibeamten Feuerzeuge werfen konnte.

Da der Angeklagte nach den Bekundungen der Zeugen Bastian und Lotze vor die anderen Demonstranten trat und durch einen hellen Mantel, der sich deutlich von den ansonsten dunkel bekleideten Demonstranten auch optisch unterschied, wie auf der vom Angeklagten überreichten Videoaufnahme zu erkennen ist, bestehen auch keine Zweifel an der Erkennbarkeit des Angeklagten durch die Zeugen Lotze, Bastian und Dikta.

Entgegen der Ansicht des Angeklagten hat das Amtsgericht in seinem Urteil auch eine Gesamtschau der ihm für die Entscheidung zur Verfügung stehenden Beweismittel vorgenommen und neben den Aussagen der oben genannten Zeugen auch die Angaben der Zeugen Steinberg, M. -S. und N. und hierbei den nach ihren Aussagen vorhandenen Beobachtungsmöglichkeiten bezüglich des Verhaltens des Angeklagten sowie die in Augenschein genommenen beiden Videoaufzeichnungen in die Beweiswürdigung einbezogen. Widersprüche zu den Aussagen der Zeugen Dikta, Lotze und Bastian sind hierdurch nicht zu Tage getreten. Zutreffend hat das Amtsgericht der Aussage des Zeugen Steinberg entnommen, dass dieser während der Demonstration vor der Staatsanwaltschaft fortlaufend seine Position geändert hat und daher nicht das gesamte Geschehen im Eingangsbereich des Gebäudes immer im Blick hatte. Da der Zeuge noch vor Beendigung der Aktivitäten des Angeklagten an dieser Stelle zum Lautsprecherwagen ging, um eine Rede zu halten und dort verblieb, war auch ihm eine ständige Beobachtung des Angeklagten ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Weshalb es zweifelhaft sein soll, dass der Zeuge – wie der Angeklagte meint – seinen Redebeitrag zu diesem Zeitpunkt gehalten haben soll, erschließt sich nicht, da auch die Zeugin M. -S. bekundete, dass es nach dem Werfen von Feuerzeugen noch (mehrere) Redebeiträge gegeben hat. Die Zeugin konnte im Weiteren keine Angaben zum Angeklagten machen, da sie ihn zur Tatzeit nach ihren Angaben nicht bewusst wahrgenommen hat. Ihre Aussage steht daher gleichfalls den Angaben der Zeugen Dikta, Lotze und Bastian nicht entgegen.

Soweit der Angeklagte beanstandet, dass eine Erörterung erforderlich gewesen sei, wie der Angeklagte aus der bei sich geführten A5 Format großen Papiertüte für die in dem Video erkennbaren drei Würfe und noch mehrere weitere Würfe des Angeklagten mit je ca. 5 Feuerzeugen pro Wurf hätten reichen sollen, dringt er damit gleichfalls nicht durch. Das Amtsgericht ist zu Recht von einer DIN A4- großen Tüte ausgegangen, wie dem Video, das der Angeklagte vorgelegt hat, zu entnehmen ist. Eine Erörterung zu der Frage, ob die Menge der geworfenen Feuerzeuge tatsächlich dem Angeklagten zur Verfügung standen, war

angesichts der Tatsache, dass die Anzahl der Feuerzeuge für jeden einzelnen Wurf lediglich geschätzt wurde und der Größe der Tüte nicht veranlasst. Zudem ging das Amtsgericht auch davon aus, dass es insgesamt vier Würfe gegeben hat, mithin ca. 20 Feuerzeuge hierfür verwendet wurden. Dass eine derartige Menge von Feuerzeugen vom Angeklagten aufgrund der Größe der Papiertüte von diesem mitgeführt werden konnte, steht außer Zweifel.

Die tatsächlichen Feststellungen des Amtsgerichts tragen auch den Schuldspruch der versuchten vorsätzlichen Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1 und 1, 230, 22, 23 StGB. Das gezielte Werfen mit Feuerzeugen in Richtung der Köpfe der Polizeibeamten Lotze und Dikta war grundsätzlich geeignet, Verletzungen herbeizuführen oder zumindest deren körperliches Wohlbefinden nicht nur unerheblich zu beeinträchtigen, was der Angeklagte zumindest billigend in Kauf nahm.

Gleichfalls ist auch die Strafzumessung des Amtsgerichts einschließlich der Bemessung der Höhe des Tagessatzes der verhängten Geldstrafe rechtsfehlerfrei erfolgt.

Diese Entscheidung ist gem. § 322 a StPO unanfechtbar.

Baumgarten

Vizepräsidentin des Landgerichts

Beglaubigt 07.01.2021

Große, Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

